

Waffenlieferungen in das Pulverfass des Nahen Osten und an Chile bedrohlicher als Kopftücher

Heinrich Frei

Es wird diskutiert ob Schülerinnen, Lehrerinnen oder Verkäuferinnen bei der Migros „muslimische“ Kopftücher tragen dürfen.

Ich lese gerade das religionskritische Buch von Taslima Nasrin „Das Mädchen, das ich war, die Autobiographie einer Kindheit“. Die Ärztin und Autorin Taslima Nasrin aus Bangladesh wurde nach ihrem Roman „Scham“ von fundamentalistischen Muslimen mit einer Fatwa belegt, einem Todesurteil. Deshalb finde ich es positiv, dass über Kopftücher und das gefährliche fundamentalistische Religionsverständnis diskutiert wird, auch über das Buchstabengläubige-christliche.

Arabische Emirate: Todesurteile, Prügelstrafen, Kinderarbeit

Gefährlicher als Kopftücher, sogar äusserst bedrohlich, sind jedoch die Waffenlieferungen der Schweiz in das Pulverfass des Nahen Ostens, an das fundamentalistische Saudiarabien, an die Arabischen Emirate und an Chile unter anderem. Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und Chile wollen nämlich jetzt ausgediente Schweizer Schützenpanzer und Panzerhaubitzen erwerben. Der bundeseigene Rüstungsbetrieb RUAG hat vergangene Woche entsprechende Verträge abgeschlossen. Die Emirate sollen 180 Schützenpanzer vom Typ M113 erhalten, wie das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) mitteilte.

Wie ist die Lage in den Emiraten?

In den feudal regierten Arabischen Emiraten gibt es keine Parteien und keine Gewerkschaften, wie dem World Fact Book des amerikanischen Geheimdienstes CIA zu entnehmen ist. Laut dem Jahresbericht 2002 von Amnesty International wurden während des Berichtsjahres in diesem Staat sowohl Todesurteile als auch Prügelstrafen verhängt. Es gab ausserdem Berichte über Todesfälle in Haft, Zwangsrückführungen, Folterungen und Misshandlungen. Obwohl Kinderarbeit in dem Land gesetzlich verboten ist, werden oft Kinder aus Asien und Afrika in die Emirate geschleust, um als Jockeys bei Kamelrennen zu arbeiten. Sie leben häufig unter extrem schlechten Bedingungen und werden oft missbraucht, schreibt Amnesty.

Chile: Zusammenstösse mit der indigenen Bevölkerung, Misshandlungen in Gefängnissen

Mit Chile ist der Verkauf von 24 Panzerhaubitzen vom Typ M109 vereinbart worden. Hat Bern die Militärherrschaft von Augusto Pinochet von 1973-1990 vergessen, die damals begangenen Menschenrechtsverletzungen? Gegen welches Land will eigentlich Chile die Schweizer Panzerhaubitzen auffahren lassen, gegen die indianische Bevölkerung die in extremer Armut lebt oder gegen die Nachbarländer Bolivien oder Argentinien? Die Angehörigen indigener Gemeinschaften in Chile kämpfen heute für Landreformen und Massnahmen zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte. Im Zusammenhang mit Landstreitigkeiten und der kommerziellen Abholzung von Wäldern im Süden Chiles kommt es immer wieder zu Zusammen-

stössen zwischen indianischen Mapuche-Aktivistinnen und Carabineros, Angehörigen der uniformierten Polizei. Nach einem Besuch, den der UN-Sonderberichterstatter über indigene Völker Chile im Juli des letzten Jahres abgestattet hatte, verwies er in einem Bericht insbesondere auf die wirtschaftliche und soziale Marginalisierung indigener Gemeinschaften und die Kriminalisierung sozialer Protestbewegungen indigener Gruppen durch die Anwendung von Anti-Terror-Gesetzen. Auch die Haftbedingungen in Chile entsprechen nicht den internationalen Standards. Im Amnesty Report ist auch von Misshandlungen an Gefängnisinsassen die Rede.

Sie erinnern sich vielleicht noch: 1973, nach der Ermordung des chilenischen Präsidenten Salvador Allende fuhren Schweizer MOWAG Panzerwagen in Santiago auf. Die putschenden Generäle mit Pinochet, stellten sich nach den blutigen Massakern der Presse, wohlbehütet von Sturmgewehren der Schweizerischen Industriegesellschaft (SIG). (*Dokumente zur Waffenausfuhr Heft 7, November 1974*)

Heute soll es also wieder einmal erlaubt werden Kriegsmaterial nach Chile zu verkaufen.

Die Chilenen produzierten allerdings schon vor ungefähr 15 Jahren in Lizenz Schweizer SIG-Sturmgewehre und MOWAG Panzerwagen. SIG-Sturmgewehre aus chilenischen Fabriken wurden, trotz Bürgerkrieg, anfangs Dezember 1991 nach Jugoslawien geliefert. (*Friedenspolitik Nr. 65/Okttober 1992*)

Nach dem damaligen Kriegsmaterialgesetz wäre es verboten gewesen Kriegsmaterial nach Chile zu exportieren, da „die von der Schweiz im internationalen Zusammenleben verfolgten Bestrebungen, insbesondere ... im Bereich der humanitären Hilfe oder der Entwicklungshilfe, beeinträchtigt“ gewesen wären, wie es im Gesetz damals deutlich hiess.

Kriegsmaterialgesetz: Für den Bundesrat nicht gültig?

Auch das heutige Kriegsmaterialgesetz, das am 1. April 1998 in Kraft gesetzt wurde, würde Waffenlieferungen an Chile, in das Pulverfass des Nahen Ostens und an die im Irak und in Afghanistan Krieg führenden USA und Grossbritannien klar und deutlich verbieten. Für den Bundesrat ist das Kriegsmaterialgesetz jedoch, wie früher auch schon, offensichtlich nicht gültig, sonst würden heute alte Schützenpanzer und Panzerhaubitzen verschrottet, nicht verkauft.



Auch Allendes Leibwächter, hier am Tag des Putsches, dem 11. September 1973, scheinen mit SIG Sturmgewehren ausgerüstet gewesen zu sein. (Waffe rechts im Bild)